

A1 Erarbeitung einer Geschäftsordnung für Kreismitgliederversammlungen

Antragsteller*in: Tammo Westphal (KV Potsdam)
Tagesordnungspunkt: 5. Sonstiges

Antragstext

- 1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 Der Kreisvorstand wird beauftragt eine Geschäftsordnung (GO) für
3 Kreismitgliederversammlungen zu erarbeiten. Sie soll sich mindestens aus
4 folgenden Bestandteilen zusammensetzen:
- 5 - Antragsfristen
 - 6 - Redelisten
 - 7 - Präsidium/Sitzungsleitung
 - 8 - Wahlordnung (sofern noch nicht vorhanden)
- 9 Ein erster Entwurf soll in einer Grünen Stunde debattiert und die Perspektive
10 der Mitglieder aktiv eingebunden werden. Eine Beschlussvorlage der finalen
11 Geschäftsordnung soll spätestens vor den Sommerferien der KMV vorliegen. Der
12 Kreisvorstand soll bis dahin in seinen Berichten bei der KMV von aktuellen
13 Debatten und Zwischenständen vom Erarbeitungsprozess der GO berichten.

Begründung

Wir sind mittlerweile ein Kreisverband mit fast 1000 Mitgliedern und müssen deswegen anfangen unsere Strukturen auch danach anzupassen. Wir haben jetzt die Zeit uns innerparteilich neu zu sortieren und Strukturen effizienter zu gestalten. Für einen gut funktionierenden Kreisverband ist eine Kreismitgliederversammlung das Herz für Debatten unter Mitgliedern, AGen, Stadtverordneten und dem Vorstand. Doch eine solche Debatte braucht klar festgelegte Regeln und einen Rahmen der zu unserer Debattenkultur passt. Deswegen ist eine Geschäftsordnung längst überfällig.

A2 ÖPNV in Potsdam sichern: ViP stärken, Schüler*innenticket erhalten

Gremium: KV Vorstand
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3.3. Schüler*innen-Ticket

Antragstext

1 Bündnis90/ Die Grünen setzen sich für den Erhalt und die weitere Stärkung des
2 Potsdamer ÖPNV-Angebots und einen des leistungsfähigen ViP Verkehrsbetrieb
3 Potsdam ein. Ein verlässlicher ÖPNV ist Voraussetzung für soziale Teilhabe,
4 Klimaschutz und eine funktionierende Stadt.

5 Die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Reduktion des ÖPNV-
6 Zuschusses ab 2027 um jährlich 1,0 Mio. Euro halten wir für nicht vertretbar und
7 fordern, diese Kürzung nicht umzusetzen, sofern diese Reduktion eine Ausdünnung
8 von Fahrplänen zur Senkung der Betriebskosten zur Folge hat. Denn Angebotsabbau
9 führt zu Fahrgastverlust, verlagert Verkehr aufs Auto, senkt Attraktivität des
10 ÖPNV, kann am Ende teurer werden, wenn Einnahmen sinken und Fixkosten bleiben.

11 Stattdessen sollen kostensparende und zugleich mobilitätserhaltende Alternativen
12 geprüft und umgesetzt werden, z. B. On-Demand-Angebote in nachfrageschwachen
13 Zeitfenstern (insbesondere im Nachtverkehr).

14 Wir streben die Stabilisierung des 15-Euro-Schüler*innentickets an; mindestens
15 aber fordern wir den Erhalt der 50%-Förderung des Schüler*innentickets durch die
16 Stadt auch bei weiteren allgemeinen Kostensteigerungen des ÖPNV – zugleich hat
17 die Sicherung des ÖPNV-Angebots insgesamt höchste Priorität.

18 Zudem unterstützen wir unseren Bundesverband sowie Landesverband in ihren
19 Forderungen zur Stärkung von Bus und Bahn durch mehr Investitionen durch Bund
20 und Land.

Begründung

Ein leistungsfähiger und verlässlicher öffentlicher Nahverkehr ist zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe, Klimaschutz und eine funktionierende Stadt. Der ÖPNV ermöglicht Mobilität unabhängig vom Einkommen, entlastet Straßen und öffentliche Räume und ist unverzichtbar, um die verkehrs- und klimapolitischen Ziele der Landeshauptstadt Potsdam zu erreichen.

Die ab 2027 vorgesehene Kürzung des ÖPNV-Zuschusses um jährlich 1,0 Mio. Euro birgt ein erhebliches Risiko für die Angebotsqualität. Erfahrungsgemäß führen Einsparungen im Betrieb häufig zu Fahrplanausdünnungen, Angebotslücken und sinkender Zuverlässigkeit. Dies wiederum verursacht Fahrgastverluste und begünstigt eine Verlagerung auf den motorisierten Individualverkehr. Ein solcher Effekt ist verkehrs- und klimapolitisch kontraproduktiv und kann auch wirtschaftlich nachteilig sein: Wenn Fahrgäste ausbleiben, sinken Einnahmen, während Fixkosten im System weitgehend bestehen bleiben.

Statt Angebotsabbau braucht es daher eine Strategie, die Effizienzgewinne hebt und zugleich Mobilität sichert. On-Demand-Angebote in nachfrageschwachen Zeitfenstern – insbesondere im Nachtverkehr – können hier eine sinnvolle Ergänzung darstellen, um bedarfsgerecht zu bedienen und Kosten zu reduzieren, ohne die Erreichbarkeit zu verschlechtern. Ergänzend sind weitere Maßnahmen zur Betriebsoptimierung zu prüfen, die die Attraktivität und Stabilität des ÖPNV stärken.

Für uns hat die Sicherung des ÖPNV-Angebots insgesamt höchste Priorität – zugleich streben wir eine Stabilisierung des 15-Euro-Schüler*innentickets an – und fordern mindestens die Beibehaltung der 50%-Finanzierung der Stadt auch bei gestiegenen Realkosten für das Schüler*innenticket. Denn gerade für junge Menschen ist ein bezahlbares Ticket ein zentraler Baustein für gerechte Mobilität und für die langfristige Bindung an den ÖPNV.

A3 Rechenzentrum - Vielfalt sichern

Gremium: KV Vorstand
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 5. Sonstiges

Antragstext

1 Bündnis 90 / Die Grünen Potsdam unterstützen das Rechenzentrum als einen Ort
2 kreativer Teilhabe und kultureller Selbstermächtigung sowie als wertvolle
3 Ergänzung im lebendigen Kulturleben der Stadt. Diese Entwicklung wurde durch das
4 hohe Engagement der vielen Kreativen, die Unterstützung durch die
5 Landeshauptstadt und die mehrfachen Duldungsverlängerungen der Stiftung
6 Garnisonkirche ermöglicht.

7 In dem produktiven Nebeneinander von Rechenzentrum und dem jetzigen Turm der
8 Garnisonkirche sehen wir eine Chance für die vielfältig-kreative Stadt.

9 Mit dem Stadtverordnetenbeschluss am 24.9.2025 wurde deutlich, dass die
10 Willensbildung zum Gesamtstandort fortgeschritten ist und nun realistische
11 Ansätze für eine Weiterentwicklung in diesem Sinne bietet.

12 In einer Phase grundlegender Entscheidungen zur Zukunft an diesem Ort
13 appellieren wir an die Stiftung Garnisonkirche, einer auch längerfristigen
14 Nutzung zuzustimmen, damit die Bemühungen konstruktiv und realistisch
15 fortgesetzt werden können. Sie würde damit den Umgang mit unterschiedlichen
16 Zielen und Auffassungen in der Stadtgesellschaft im Sinne des Gemeinwohls und
17 der Demokratiebildung unterstützen.

18 Für ein weiteres Gebäude auf dem Grundstück des ehemaligen Kirchenschiffes gibt
19 es keine Planung und Finanzierungen. Vielmehr wird auch von Akteuren der Stiftung
20 Garnisonkirche in diesem Zusammenhang auf zukünftige Generationen verwiesen.
21 Daher wäre es unverantwortlich mit dem Rechenzentrum eine erfolgreiche
22 Kultureinrichtung zu zerstören.

Begründung

Am 24.9.2015 hatte die SVV mit breiter Mehrheit die Verwaltung beauftragt „die planungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Erhalt des Verwaltungsgebäudes des ehemaligen Rechenzentrums“ zu schaffen.

Für die damit verbundenen Änderungen des Bebauungsplanes Nr. 1 „Neuer Markt/Plantage“ müssen die rechtlichen und finanziellen Bedingungen geschaffen werden.

Das dabei geforderte Nutzungs- und Finanzierungskonzept haben die Nutzenden des RZ bereits erstellt und es befindet sich in der Abstimmung mit der Bauverwaltung.

Eine weitere Bedingung für den Beginn der Arbeit an einem veränderten Bebauungsplan ist die Zustimmung der Stiftung Garnisonkirche für eine längerfristige Nutzung des Rechenzentrums als soziokreatives Zentrum, über den 31.7.2026 hinaus.

Die Wüstenrotstiftung ist bereit, die vollständige Sanierung der denkmalgeschützten Mosaik am Rechenzentrum zu übernehmen. Bedingung ist, das RZ bleibt noch 20 Jahre bestehen.

Das ist eine Perspektive, die auch in Bezug zum Verweis auf nächste Generationen sinnvoll ist.

A4 Schulessen lecker, gesund und bezahlbar, für alle

Gremium: KV Vorstand
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3.2. Schulessem-Deckel

Antragstext

Wir Bündnisgrünen Potsdam wollen, dass alle Kinder in Potsdam, unabhängig vom Elternhaus, unkompliziert und gesund in der Schule essen können – bei gleichzeitiger Planungssicherheit für den städtischen Haushalt. Ein ausgewogenes und leckeres Mittagessen leistet einen wesentlichen Beitrag zu Bildungschancen und Gesundheit, da es die Ernährungsgewohnheiten der Kinder prägt und langfristig zu mehr Lernerfolgen führt. Zudem entlastet es die Familien, insbesondere solche mit geringem und mittlerem Einkommen.

Dazu wollen wir den Preisdeckel beim Schulessen für das Haushaltsjahr 2026 beibehalten. Zugleich setzen wir uns dafür ein, diesen mit dem Ziel einer stärkeren Wirkungsorientierung gezielt weiterzuentwickeln: Attraktivität und Nachhaltigkeit des Angebots sind deutlich ausbaufähig, und die städtischen Mittel sollen in diesem Bereich wirksamer eingesetzt werden.

- **Transparenz und freiwillige Solidarzahlungen fördern:** Schulen weisen die realen Kosten des Essens transparent aus. Eltern wird die Möglichkeit eingeräumt, auf freiwilliger Basis den vollen Realkostenpreis zu zahlen.
- **Für mehr Wirksamkeit evaluieren:** Die bestehende Schulspeisung wird nach Aufwand, Zugang, Qualität und Quantität der Versorgung evaluiert. Dazu soll die LHP auch eine Befragung der Eltern, Schüler*innen sowie Caterer durchführen. Den Stadtverordneten werden die Ergebnisse im Jahr 2026 die Ergebnisse vorgelegt.
- **Nachhaltige Strategie entwickeln:** Aufbauend auf der Evaluation und den Erfahrungen des Schulessen-Deckels soll die LHP unter Beteiligung der Betroffenen, relevanter Expert*innen und Stakeholder (z.B. Elternrat und Ernährungsrat) ein Konzept zur flächendeckenden Versorgung mit gesundem, leckerem, nachhaltigen und bezahlbarem Schulessen erstellen. Ein besonderes Kriterium ist der Anteil an regionalen Produkten. Ziel ist die

Verbesserung der Qualität und der Attraktivität des Schulessens, ein flächendeckend vergleichbares Preis-Leistungs-Verhältnis sowie der bestmögliche Einsatz der finanziellen Unterstützung der LHP. Dazu sollen insbesondere folgende mögliche Maßnahmen geprüft werden:

- **Ausschöpfung der verfügbaren Bundesmittel für Bildung und Teilhabe** für Kinder (BuT) in voller Höhe: Dazu werden berechnete Familien proaktiv über Möglichkeiten der Kostenerstattung über die Bundesmittel für Bildung und Teilhabe für Kinder (BuT) informiert und bei der Antragstellung unterstützt. Um Wartezeiten zu vermeiden, erfolgt die Bearbeitung umgehend. Ziel ist ein Verfahren, in dem die LHP die vollen Kosten des Schulessens gegenüber dem Bund einfordert, ohne die Familien schlechter zu stellen als derzeit, beispielsweise indem anfallende Vorleistungen bis zur Bescheidung von der LHP vorfinanziert werden anstatt von den betroffenen Familien.
- **Möglichkeiten der Festlegung stadtweiter Qualitäts- und Leistungskriterien** für die Mittagessenversorgung durch die LHP und ggf. der Unterstützung bei gebündelten Ausschreibungen mehrerer Schulen (Poolinglösungen).
- **Umstellung der Förderung auf einen festen Sockelbetrag**, wenn die Preise schulweit das gerecht zulassen.

Um eine Konzeptentwicklung der Stadt eng und kritisch zu begleiten sowie voranzutreiben, richten Bündnis 90 / Die Grünen eine „Task Force gesundes Schulessen für alle“ ein. In der Task Force erarbeiten unterschiedliche Expert*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung Vorschläge für die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsverpflegung für Potsdamer Schulen aus.

Begründung

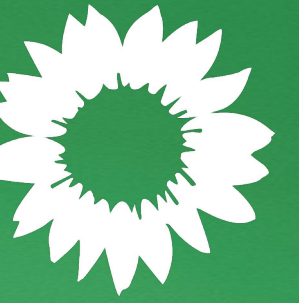
Schulessen ist kein „Extra“, sondern ein zentraler Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit, Gesundheit und Teilhabe: Wer mittags gut isst, kann sich besser konzentrieren und erlebt Schule als einen Ort, an dem Grundbedürfnisse verlässlich erfüllt werden. Zudem kann ein gemeinsames Mittagessen, das auch Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit erfüllt, entscheidend zu einer umweltbewussten Ernährungsweise beitragen.

Deshalb wollen wir den Deckel für das Jahr 2026 beibehalten und die Zeit nutzen, um das Schulessen in Potsdam deutlich zu verbessern und die Mittel zielgerichteter einzusetzen. Wir sagen klar: mit einem einfachen „Weiter so“ beim Schulessendeckel, wie es SPD und Linke fordern, können wir uns nicht zufriedengeben. Qualität, Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit des Schulessens sind unter dem bestehenden Deckel ohne verbindliche Kriterien und Steuerung nicht überall gesichert. Deshalb braucht es ein stadtweites Konzept mit klaren Qualitätsstandards und einer gezielten Steuerung bei der Vergabe. Es soll zudem geprüft werden, wie

die Förderung vom Deckelmodell auf ein Sockelmodell umgestellt werden kann, sodass ein fester Zuschussbetrag Planungssicherheit für den Haushalt schafft und Familien dauerhaft entlastet.

Da die Stadt trotz zahlreicher Beschlüsse kein tragfähiges Konzept zum Schulessen vorgelegt hat, nehmen wir diese Aufgabe der Konzeptentwicklung selbst in die Hand und richten die „Task Force gesundes Schulessen für alle“ ein (Leitung Antje Benschling).

Gleichzeitig muss die Stadt dauerhaft handlungsfähig bleiben. Gerade in Zeiten knapper kommunaler Kassen braucht es kurz- und mittelfristig eine Weiterentwicklung des Preisdeckels beim Schulessen. Der bestehende Preisdeckel erfüllt das Ziel der Entlastung vieler Familien. Jedoch führt die Gestaltung des Preisdeckels in der administrativen Umsetzung z.B. derzeit dazu, dass kommunale Mittel auch dort eingesetzt werden, wo Bundesmittel Bildung und Teilhabe greifen könnten. Zudem scheitert die Unterstützung für berechnigte Familien teilweise an bürokratischen Hürden. Das ist haushaltspolitisch ineffizient. Deshalb soll geprüft werden, wie Bundesmittel vollständig ausgeschöpft werden können, ohne berechnigte Familien ungerechtfertigt mit der Vorfinanzierung der vollen Kosten aus der eigenen Tasche zu belasten.



AG Hardware

Projekt

AXC / NeoVerde



Neue Hardware muss her!

Ein mobiler Wahlkampfstand, an/
mit dem man schnell und einfach
ins Gespräch kommen kann!



Neue Hardware kommt her!

Alexargo / AXC, eine schlanke,
kleinere CarlaCargo

Schülergenossenschaftsprojekt
aus Wallenhorst

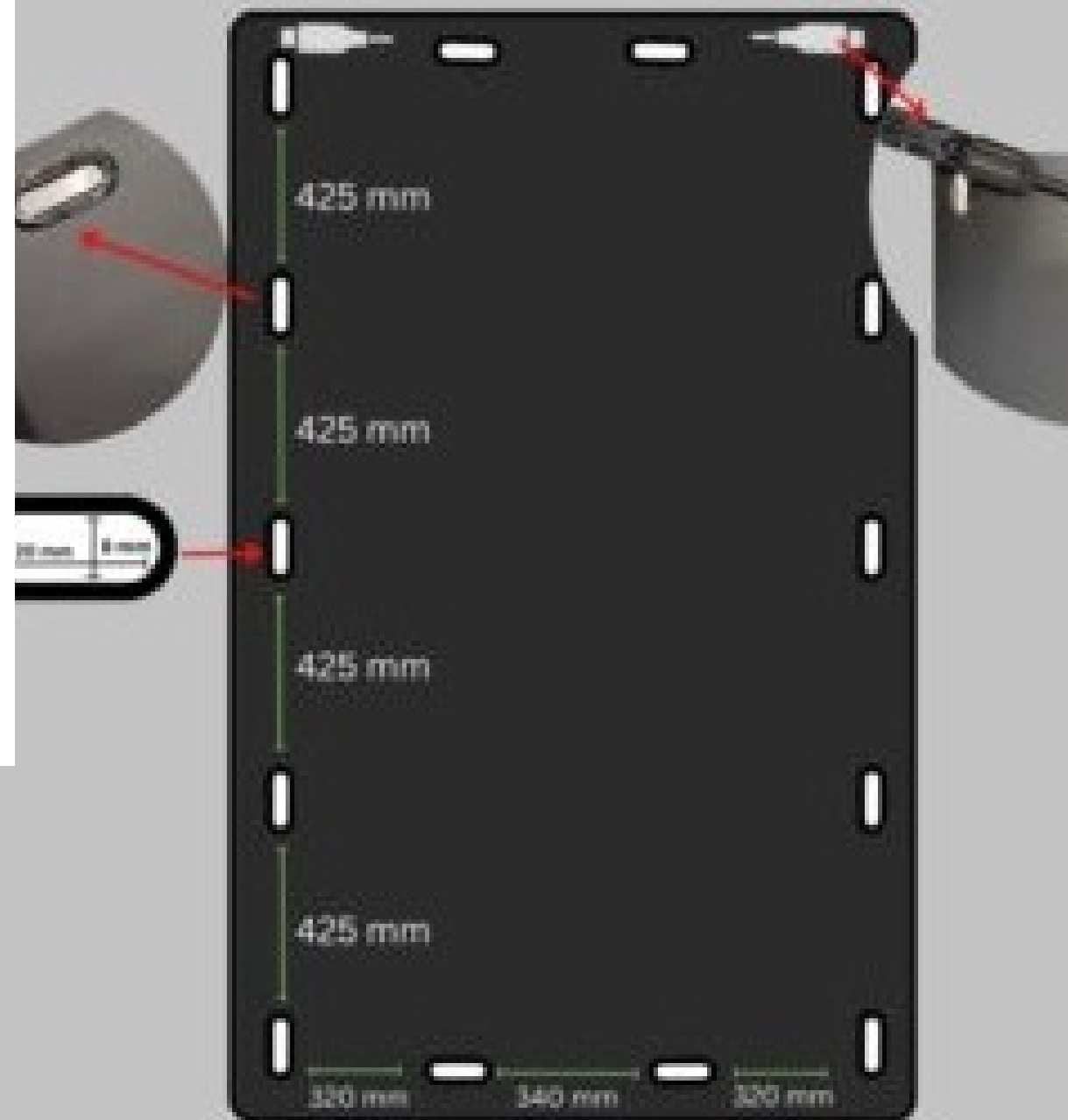
Wir bauen selber mit einem
Menschen aus Berlin!



Neue Hardware kommt her!



Aufbauten / Musik / Solar





Neue Hardware kommt her!





Neue Hardware kommt her!





Neue Hardware kommt her!





Neue Hardware kommt her!





Neue Hardware kommt her!

Der Plan steht nur die Kohle fehlt.

Wir kalkulieren mit 2.500 €uro an Materialkosten

Idee: Ihr spendet dem KV, wir bauen und alle haben was davon!

Zum Umweltfest Mitte September soll es fertig sein.



Bündnis 90 / Die Grünen, KV Potsdam

GLS Bank

IBAN: DE02 4306 0967 1109 6511 00

BIC: GENODEM1GLS

Stichwort: „Spende AXC“

DANKE!



Projekt Updates

- Signalgruppe:



- Wolke : <https://wolke.netzbegruenung.de/s/SnKXiw8wjLiNCnY>

